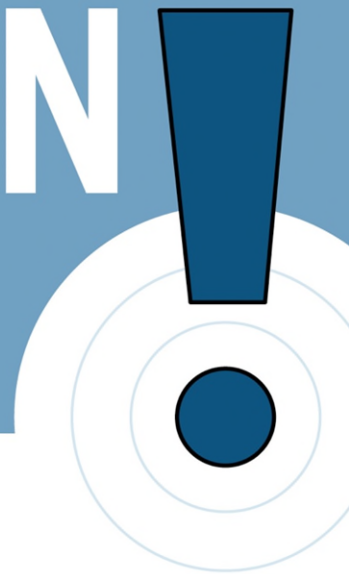


VERSORGEN STATT VERWALTEN!



Forderungen zur
Bundestagswahl 2025

Versorgen statt verwalten: Ein Appell zur Reform der Hilfsmittelversorgung in Deutschland

Die konservative Versorgung¹ in Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Millionen Menschen leiden unter chronischen Schmerzen oder Mobilitätseinschränkungen wie dem diabetischen Fußsyndrom, das unnötig oft in Amputationen mündet. Die aktuellen Versorgungsstrategien sind unzureichend und verursachen immense Folgekosten. Bisher getroffenen Maßnahmen wie die Krankenhausreform allein können die notwendigen Veränderungen nicht herbeiführen. Die in „Wir versorgen Deutschland (WvD)“ zusammengeschlossenen Verbände fordern daher von der künftigen Bundesregierung, entschlossen zu handeln und die Versorgung der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt zu stellen. Es ist an der Zeit, von einem System der Verwaltung zu einem der Versorgung überzugehen.

Die Stärkung der konservativen Versorgung mit Hilfsmitteln ist essenziell, um Operationen und Klinikaufenthalte zu minimieren. Moderne Hilfsmittel wie Kompressionsversorgung und individuell angefertigte Orthesen sind unerlässlich, um Genesungszeiten zu verkürzen und die Lebensqualität zu verbessern. Zudem spielt die Hilfsmittelversorgung eine zentrale Rolle dabei, die Arbeitsfähigkeit nach Verletzungen oder Erkrankungen schnell wiederherzustellen und krankheitsbedingte Fehlzeiten zu senken.

Damit diese Vorteile realisiert werden können, sind jedoch einfache und schnelle Abrechnungsverfahren notwendig, um den administrativen Aufwand zu reduzieren und den Fokus auf die Patientenversorgung zu legen. Der bürokratische Aufwand für die Verordnung und Abrechnung konservativer Versorgungsleistungen frisst wertvolle Ressourcen, die besser in direkte Patientenbetreuung investiert würden. Ärztinnen und Ärzte sowie Fachpersonal sind mit einem Dickicht aus bürokratischen Hürden konfrontiert, die die schnelle und effektive Versorgung behindern.

Auch im nationalen Ernst- und Krisenfall ist eine starke Gesundheitsinfrastruktur unerlässlich. Zivile Notfallpläne müssen daher eine ausreichende Versorgung mit Hilfsmitteln sicherstellen, um

¹ Die konservative Versorgung oder konservative Therapie bezieht sich auf medizinische Behandlungen, die ohne chirurgische Eingriffe auskommen. Hierbei spielt der Einsatz medizinischer Hilfsmittel und Heilmittel eine zentrale Rolle.

im Falle einer nationalen Krise schnelle und effektive Hilfe leisten zu können. Die Fähigkeit, schnell auf Krisen zu reagieren, hängt entscheidend von der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit konservativer Versorgungslösungen ab. Eine unzureichend ausgebildete Fachkraftbasis und schlechte Versorgungsstrukturen sind Schwachstellen, die wir uns nicht leisten können. Wir fordern daher einen nationalen Aktionsplan, der unter Einbindung aller relevanten Berufs- und Fachverbände die konservative Versorgung stärkt. Dieser Plan muss klare Anreize für eine nachhaltige, wirtschaftlich tragfähige Versorgung schaffen, die Verwaltung vereinfachen und die Kompetenzen unserer Fachkräfte nutzen, statt sie zu verschwenden.

Die Zeit zu handeln ist jetzt – für eine bessere, inklusivere und effizientere Gesundheitsversorgung in Deutschland. Lasst uns dieses System reformieren und unsere Ressourcen dort investieren, wo sie am meisten gebraucht werden: bei den Patientinnen und Patienten.

Sofortmaßnahmen für die neue Bundesregierung

Aus Sicht der in „Wir versorgen Deutschland (WvD)“ zusammengeschlossenen Verbände müssen folgende Maßnahmen nach der Wahl schnellstmöglich angegangen werden, um die Hilfsmittelversorgung in Deutschland zu sichern und zu stärken:

Bürokratieabbau & Versorgung

- Die überbordende Vertragsvielfalt im Hilfsmittelbereich muss reduziert werden. Ein administrativer Rahmenvertrag, der die administrativen und formalen Inhalte der Verträge standardisiert und vereinfacht, muss hierzu ein erster Schritt sein.
- Ein Sofortpaket zum Bürokratieabbau in der Hilfsmittelversorgung ist notwendig. Insbesondere die Präqualifizierung muss entschlackt werden, wobei die Wettbewerbsgleichheit zwischen allen Leistungserbringern gewahrt bleiben bzw. wiederhergestellt werden muss.
- Hilfsmittelleistungserbringer müssen in den Ausbau ambulanter Versorgungsstrukturen einbezogen werden, um die Transformation von der stationären zu einer stärker ambulanten Versorgung zu ermöglichen.
- Um eine unzulässige Patientensteuerung bei klinikeigenen Sanitätshäusern zu verhindern,

sind die bestehenden Verbote im ambulanten Bereich bezüglich einer Beteiligung medizinischer Leistungserbringern an Sanitätshäusern entsprechend auf den stationären Bereich auszuweiten.

Digitalisierung

- Die Möglichkeiten der Digitalisierung und Vernetzung müssen konsequent genutzt werden, um Versorgungsprozesse zu vereinfachen und zu verschlanken. Digitalisierung darf nicht zur Dequalifizierung der Versorgung führen, sondern soll die persönliche Versorgung durch Fachkräfte vor Ort unterstützen und entlasten.
- Hilfsmittelleistungserbringer müssen schnell und gleichberechtigt in die Telematikinfrastruktur und die ePA eingebunden werden, inklusive notwendiger Anpassungen datenschutzrechtlicher Regelungen.
- Der Aufbau von Parallelstrukturen beim eRezept durch die Kostenträger ist zu unterbinden. Die Wahlfreiheit der Patientinnen und Patienten in der Hilfsmittelversorgung muss bei allen digitalen Prozessen gewährleistet sein.
- Es müssen offene Schnittstellen geschaffen werden, die einen nahtlosen Austausch von Daten und Informationen zwischen den verschiedenen Systemen und Akteuren ermöglichen.
- Kosten für die Einbindung in die TI dürfen nicht einseitig auf die Leistungserbringer abgewälzt werden.

Fachkräftemangel

- Der sich verschärfende Fachkräftemangel gefährdet die flächendeckende Hilfsmittelversorgung in Deutschland. Alle Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, um das vorhandene Arbeitskräftepotential zu nutzen, einschließlich einer angemessenen Refinanzierung von Lohnsteigerungen in den Vergütungsvereinbarungen.
- Qualifizierte Zuwanderung ist unabdingbar, um eine patientennahe Versorgung im Hilfsmittelbereich langfristig zu gewährleisten. Dazu gehören eine beschleunigte Anerkennung

ausländischer Berufsabschlüsse, eine schnellere Visavergabe und eine klare Willkommenskultur.

Finanzierung

- Maßnahmen zur Kostensenkung dürfen nicht zu Lasten der Versorgungssicherheit gehen. Eine ausreichende Vergütung, die auch die im Rahmen der Versorgung erbrachten Dienstleistungen umfasst, ist notwendig für die langfristige flächendeckende Versorgung mit Hilfsmitteln.
- Für eine nachhaltige Kostensenkung im Gesundheitssystem braucht es einen forcierten Bürokratieabbau und einen einheitlichen niedrigen Umsatzsteuersatz auf Hilfsmittel.
- Kostensteigerungen - etwa in Folge steigender Rohstoffpreise, Fracht- oder Lohnkosten - müssen durch passende Instrumente wie zum Beispiel Indices in Versorgungsverträgen ausgeglichen werden.

Kompetenzen optimal nutzen

- Die hohe Kompetenz der Hilfsmittelleistungserbringer muss regelhaft stärker eingebunden werden. Dies gilt insbesondere im Bereich Inklusion – etwa im Nationalen Aktionsplan 2.0 zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – sowie bei den aktuellen Planungen zum gesundheitlichen Bevölkerungsschutz im Krisen- und Verteidigungsfall.

Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD):

Wir versorgen Deutschland (WvD) setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die ORTHEGROH eG, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitsservice GmbH, die Sanitätshaus Aktuell AG sowie der Verband Versorgungsqualität Homecare e.V.



Berliner Büro

Lützowstraße 102-104

10785 Berlin

Tel. +49 (0)30 33 93 35 63

E-Mail: info@wirversorgendeutschland.de

Internet: www.wirversorgendeutschland.de

BT-Lobbyregister-Nr.: R004824